

Haushaltsrede zum Haushalt 2014

des Vorsitzenden der SPD-Stadtratsfraktion Wolfgang Lorenz am Montag, den 02. Dezember 2013

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Moser,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

ein Jahr ist bald wieder vergangen und es ist wieder einmal so weit: Der Haushalt 2014 wird heute verabschiedet.

Es wird der Ausgabenrahmen beschlossen, in dem kommunales Handeln im kommenden Jahr stattfinden kann.

Da der Stadtrat das Geld des steuerzahlenden Bürgers nur treuhänderisch verwaltet, muss jeder von uns Stadträten und auch der Oberbürgermeister dem Bürger über die Ausgabenpolitik der Stadt jederzeit Rechenschaft abgeben können.

Die Haushaltsmittel, über die wir durch die heute Entscheidung verfügen, hat der mit Abgaben belastete Bürger durch Gebühren, durch Grund-, Grunderwerbs-, Gewerbe- und Einkommensteuer, aber auch durch seine Stromkosten erwirtschaftet, und er kann mit Fug und Recht erwarten, dass mit diesen Finanzmitteln sparsam umgegangen wird und die Ausgabenpolitik in klarer Transparenz erfolgt.

Allen Bürgern, und nicht nur den Deggendorfern, gilt mein erster Dank im Namen der SPD-Stadtratsfraktion für das Vertrauen, das sie in uns setzen und für den Fleiß, mit denen sie zum Wohlstand in diesem Land und in unserer Stadt beigetragen haben.

Wie jedes Jahr, geht aber unser Dank auch an Herrn Schober und sein Team.

Wie von uns gewohnt, hat unser Stadtkämmerer einen Haushaltsplan vorgelegt, der jeglicher rechnerischen Prüfung standhält und der aufgrund zahlreicher Erläuterungen transparent und übersichtlich gestaltet wurde. Fragen wurden stets bereitwillig, umgehend und umfassend beantwortet.

Dafür gebührt ihm, als einer der Repräsentanten unserer effektiven Verwaltung, stellvertretend für alle Beteiligten, unsere höchste Anerkennung.

Der Haushalt 2014, der heute zur Verabschiedung ansteht, ist der 2. Haushalt, der unter Oberbürgermeister Dr. Moser verabschiedet wird.

Das Gesamtvolumen beträgt rund 81 Millionen Euro, verteilt auf 65,2 Millionen Verwaltungshaushalt und 15,4 Millionen Euro Vermögenshaushalt.

Wie wird dieser Haushalt finanziert?

Es gibt in Deggendorf 3049 Betriebe.

Davon bezahlen 2274 keine Gewerbesteuer.

Lediglich 775 Betriebe (das sind 25,4%) bringen die Gewerbesteuer in Höhe von 15,3 Millionen auf.

Dagegen gibt es im Stadtgebiet ca. 16 000 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige, die die Einkommensteuer in Höhe von 14 Millionen Euro aufbringen.

Der größte Ausgabenposten sind die Personalausgaben in Höhe von 19,7 Millionen Euro.

Durch Stellenmehrungen, durch Beförderungen und durch Tarifierhöhungen ist ein Anwachsen dieser Kosten unausweichlich.

Eine leistungsfähige, zukunftsfähige und bürgerfreundliche Verwaltung muss uns dies wert sein, wollen wir kommunale Serviceangebote nicht einschränken oder abschaffen.

Auch die zunehmende Mittagsbetreuung an unseren Schulen und der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze sind nicht zum Nulltarif zu haben.

Hier wurden inzwischen uralte SPD-Forderungen verwirklicht.

Dies waren Forderungen, die in konservativen Kreisen anfänglich auf härteste Widerstände trafen.

Ich erinnere mich immer noch an Aussagen hier im Stadtrat: „Wir brauchen solchen Sozialschmarrn nicht. Die Frauen sollen zu Hause bleiben und auf die Kinder aufpassen. Wir leben nicht in der DDR.“

An dieser Stelle ist aber auch festzuhalten: Ohne die tatkräftige Unterstützung von Frau Anna Eder, Frau Ilse Bauer und Frau Margret Tuchen wären wir heute nicht so weit, wie wir es jetzt sind. Dafür sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt.

Der Kauf und der Betrieb des Jugendzentrums 4YOU, das sich zu einem hervorragenden und mustergültigen Erfolgsmodell gemausert hat, war eine Zukunftsvision der SPD bereits im Jahr 1973 und traf damals ebenfalls auf wenig Zustimmung bei vielen Politikern.

Wie man aber sieht, schreitet die Sozialdemokratisierung von CDU und CSU stetig fort. Es wird immer noch dazugelernt – und das ist gut so und dafür danke ich.

Es gibt aus dem weitgehend vergangenen Jahr 2013 einiges Erfreuliche aber auch sehr Schlimmes zu berichten.

Dass das Eisstadion von „unserem“ Bauunternehmer Karl zuverlässig und zeitnah wieder in Betrieb genommen wurde, verdient besonderes Lob.

Wir, als SPD-Fraktion, freuen uns ganz besonders, weil die „hinausgezögerte Sanierung des Eisstadions“ bereits im SPD-Wahlprogramm von 2008 stand.

Auch dass die „Knödlwerferin“ allgemein großen Zuspruch erfährt, ist sehr erfreulich. Der Weg dorthin war sicherlich nicht leicht: Selbst wenn der Umbau „nur“ 590 000 Euro gekostet hätte, wäre die Maßnahme, ohne die „Umwegrentabilität“ für die Stadt unwirtschaftlich gewesen. Die genannte Summe hat vielleicht aber auch nur zum „Anfüttern“ kritischer Stadträte gedient.

Jetzt kostet der Umbau 845 000 Euro, das sind über 43% mehr als zunächst kalkuliert. Dies ist in Deggendorf leider nichts Neues, wie die Geh- und Radbrücke mit 300%-iger Steigerung und Mehrkosten von ca. 6 Millionen Euro

zeigt. Dass man hier zu Sarkasmus greifen muss, ist nur allzu verständlich, sonst würde man angesichts solchen Finanzgebarens verzweifeln.

Doch zurück zu unserer „Knödlwerferin“: Wir haben durch die städtischen Ausgaben einen Wirt behalten, der selbst 450 000 Euro investiert hat, wir haben den oberen Stadtplatz wenigstens zum Teil belebt und wir haben der bayerischen Wirtshauskultur das langfristige Überleben gesichert. Darauf können wir trotz allen Ungemachs stolz sein.

Im Übrigen verweise ich auf die Ausführungen des Kollegen Haas über die Unberechenbarkeit von Altbausanierungen.

Oder um es mit Joachim Ringelnatz zu sagen: „Sicher ist, dass nichts sicher ist. Selbst das nicht!“

Sehr erfreulich ist, dass die Konturen der Landesgartenschau 2014 immer sichtbarer werden.

Zwar konnten die städtebaulichen Fehlentwicklungen wie die Bowlinghalle, der Campingplatz, der Bootsschuppen und andere Bebauungen nicht beseitigt werden, der Freundeskreis Landesgartenschau mit Frau Wohlhüter an der Spitze muss auf sein Storchennest verzichten, die SPD-Fraktion trauert dem zweistöckigen Parkdeck nach, aber sonst geht es trotz mancher Rückschläge in raschen Schritten auf die Zielgerade zu.

Wie bei allen Bauvorhaben zeigte sich auch hier, dass man den sogenannten Fachleuten nicht bedingungslos glauben darf:

Schwierigkeiten gab es bei der Statik des Parkdecks, bei der Tragfähigkeit der Lüftungsgitter, bei der Abdichtung der Deichgärten, usw. .

Doch soll man auch das besonders Positive hervorheben: Durch geschlossenes Auftreten und Abstimmen der SPD-Stadtratsfraktion konnte die allseits bewunderte Alu-Fassade des Parkdecks gegen massive Widerstände durchgesetzt werden.

Auch wurde durch die stichhaltigen Argumente der SPD-Fraktion aus der 40%-igen Cortenstahl-Einfassung auf den Deichgarten doch noch eine annehmbare und nachhaltige Lösung.

Bei allen Kolleginnen und Kollegen, die daran mitgewirkt haben, bedanke ich mich ganz herzlich.

Die Geh- und Radbrücke ist bereits fertig und stellt optisch und auch technisch ein Meisterwerk dar. Luftig-leicht führt sie über die Donau und eröffnet dem Spaziergänger völlig neue Ausblicke auf die Stadt. Einst mit 3,2 Millionen Euro in der Auslobung auf Seite 53 als Brückenschlag angesetzt, haben sich die Kosten inzwischen verdreifacht.

Proteste oder Schuldzuweisungen wurden bisher nicht bekannt.

In diesem Zusammenhang gilt festzuhalten: Die SPD-Fraktion forderte von Anfang an eine „vollwertige Donaubrücke“.

„Eine ausschließliche Fuß- und Radbrücke wäre pure Geldverschwendung“ wurde von uns bereits im Jahr 2007 gesagt, wie man in der PNP und im Donauanzeiger vom 22. Juni 2007 nachlesen kann.

Dass diese Forderung von Teilen der CSU-Fraktion im Wahlkampf jetzt wieder aufgegriffen wird ist höchst interessant, hat sich aber im Haushalt 2014 leider noch nicht wesentlich niedergeschlagen.

Die vollwertige Straßenbrücke mit Radweg – wie von der SPD mehrfach gefordert - wurde im Juni 2007 auf „nur“ 16 Millionen geschätzt.

Der Antrag der SPD-Fraktion vom 18.11.2007 könnte also jederzeit von der CSU übernommen werden, denn man müsste eigentlich nur das Datum und den Fraktionsnamen abändern:

...

Die SPD-Stadtratsfraktion stellt deshalb folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Im Haushalt 2008 werden auskömmliche Mittel für die Planung einer kombinierten Straßenbrücke mit Radweg bereitgestellt.

...

Ich habe ein Zitat von Eberhard von Brauchitsch gefunden:

„Es gehört zu den Merkmalen eines Politikers, sich grundsätzlich an nichts erinnern zu können.“

Wie Sie sehen können, gehört die SPD-Fraktion nicht zu dieser Art von Politikern.

Nun wird auch der Haushalt 2014 mit Vorschusslorbeeren bedacht und als Sparhaushalt ohne Nettoneuverschuldung gelobt.

Doch auch heuer sind gerade dazu einige kritische Anmerkungen zu machen:

Bereits nach dem vorletzten Winter beklagten die Bürger den bejammernswerten Zustand der Deggendorfer Straßen.

Nach jedem Winter wird die Substanz des Straßenaufbaus weiter geschädigt. Genügend Mittel, diesem Übel nachhaltig abzuwehren, wurden aber seit Jahrzehnten nicht in den Haushalt eingestellt.

Schon im Jahr 1992 (also vor 21 Jahren) stellte das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Deggendorf folgendes fest:

„Um spätere aufwändige und kostspielige Erneuerungsmaßnahmen rechtzeitig einzugrenzen, benötigt die Stadt jährlich im Schnitt **1,5 Millionen EURO** zum Erhalt der städtischen Straßensubstanz. Werden diese notwendigen Unterhaltsmaßnahmen einen längeren Zeitraum unterschritten, so wird der Abstand zwischen Bedarf und Finanzierungsmöglichkeiten immer größer, denn die Straßen werden immer schneller, großflächiger und tiefer schadhafte und die Kosten entsprechen höher.“

Die Rechnung war sehr einfach: (218 km städtische Straßen x 6 m Breite x **30 EURO** pro m²) dividiert durch 25 Jahre ergibt einen Bedarf von 1,6 Millionen Euro.

Der aufmerksame Zuhörer hat aber sicherlich bemerkt, dass das Deggendorfer Straßennetz gewachsen ist und man vor 21 Jahren noch in **DM** rechnete.

Herr Dr. Moser, wirtschaftserfahren und in der Lage die Kosten des geplanten Aufzuges zwischen Bahnhof und Hirzau für die nächsten 100 Jahre zu berechnen, wird die Stichhaltigkeit der vorausstehenden Berechnung sicherlich überprüfen und gegebenenfalls Konsequenzen daraus ziehen.

Diese Problematik gilt jedoch nicht nur für die Straßen, nein auch viele Gebäude der Stadt stehen zur Sanierung an, das marode Dach des Eisstadions ist nur ein Beispiel unter vielen. Auch die jetzt neue noch jungfräuliche Geh- und Radbrücke, sowie das Parkdeck mit den Deichgärten werden Nachfolgekosten verursachen. Ob sich dann für diese oder andere Gebäude und Anlagen auch tatkräftige Helfer finden werden, darf man bezweifeln.

Der langjährige Ruf der SPD-Fraktion nach einer Realschule für Buben wurde zumindest teilweise erhört, da ein neuer Zweig der Wirtschaftsschule viele Vorteile einer Realschule übernommen hat. Die weitere positive Entwicklung wird zu beobachten sein, denn das Schülerwohl muss hier an erster Stelle stehen.

Aber die Nutzung der Maria-Ward-Turnhalle durch Deggendorfer Vereine konnte von Herrn Dr. Moser leider immer noch nicht durchgesetzt werden.

Lassen sie mich „last but not least“ zum Jahrhundert-Hochwasser kommen, das die Deggendorfer Stadtteile Fischerdorf und Natternberg heimgesucht hat.

Zu allererst sei allen Helfern und Spendern gedankt, die in dieser Katastrophe aktiv waren.

Die für die Hilfsaktionen vor Ort Verantwortlichen und Tätigen haben ausgezeichnete Arbeit geleistet auf die sie mit Recht stolz sein dürfen.

Glück im Unglück war, dass nicht nur die bayerische Landtagswahl, sondern auch die Bundestagswahl anstand und so die finanziellen Hilfsmaßnahmen alles bisher Dagewesene übertrafen.

Folgendes steht fest:

Das Hochwasser war eine der größten Naturkatastrophen aller Zeiten in Deutschland (PNP, 10. Juli 2013)

Es entstanden 12 Milliarden Euro Schaden bei der Flut.

Daraus ergeben sich die Forderungen:

Flüsse brauchen Platz, damit Hochwasserwellen ohne schwere Schäden abfließen können.

Beim Ausweisen von Neubaugebieten, muss das Überschwemmungsrisiko mit berücksichtigt werden.

Ölheizungen in Gebieten mit Überschwemmungsrisiko müssen verboten werden.

Die Politik sollte nicht erst nach Katastrophen Nothilfefonds auflegen, sondern verstärkt vorausschauend handeln und einen klugen, überregional koordinierten Hochwasserschutz betreiben.

Alle diese Forderungen wurden im Bayern weitgehend missachtet. Experten warnten bereits 2006 vor meterhohen Fluten im Donautal – aber das Umweltministerium handelte nicht, das Hochwasserschutz-Konzept verschwand angeblich in der „Schublade“. Dabei hatten die Experten genau vorhergesagt, was dann im Juni 2013 tatsächlich eintraf.

Dabei hätten die Hochwasserschutz-Maßnahmen „nur“ zwischen **231 Millionen und 255 Millionen Euro** gekostet.

Es ist also klar: Die bayerische Staatsregierung hat zu wenig für den Hochwasserschutz getan.

Man war auf einen exzessiven Donauausbau fixiert und hat den Hochwasserschutz verschlampt. Donauausbau statt Hochwasserschutz war die Maxime.

Bürgermeister Thalhammer von Niederalteich hat es auf den Punkt gebracht: Im Vordergrund stand der Donauausbau und der Schutz des Menschen wurde verschlafen.

Und auch Herr Kestel vom Bund Naturschutz sagt es deutlich:

„Das Hauptproblem ... bestand ... darin, dass die bayerische Staatsregierung – und vorn dran immer die CSU Niederbayern – jahre- und jahrzehntelang den Donauausbau mit dem Hochwasserschutz verknüpft hat ... und stur an ihren Staustufenplänen festgehalten hat.“

Und eines steht ebenfalls fest: Ohne das Finanzdebakel der bayerischen Landesbank unter der Aufsicht zahlreicher CSU-Größen hätte der Hochwasserschutz aus der „Portokasse“ finanziert werden können.

Die bayerischen SteuerzahlerInnen mussten bisher über zehn Milliarden Euro für die „Pleite“ bezahlen.

Jeden Tag muss der bayerische Steuerzahler 970 765 EURO Zinsen bezahlen, das heißt, der niederbayerische Hochwasserschutz wäre in nur **263 Tagen** abfinanziert gewesen.

Wegen der Binsenweisheit, dass man Geld nur einmal ausgeben kann, müssen unsere niederbayerischen Bürger immer noch auf einen hundertjährigen Hochwasserschutz warten.

Die Aufgabe von Stadt und Landkreis ist es nun, den Druck auf die bayerische Staatsregierung aufrecht zu erhalten, denn nach dem Hochwasser ist vor dem Hochwasser.

Zur Verabschiedung eines Haushaltes gehört ohne Zweifel auch ein Blick in die Zukunft.

Nachdem festgestellt wurde, dass bei gleichen Einnahmen und wachsenden Ausgaben der finanzielle Handlungsspielraum stark eingeschränkt ist, bleiben als Alternativen nur

1. alle Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen, und / oder
2. die Einnahmesituation zu verbessern.

Dies kann durch verstärkte Ansiedlung von größeren Gewerbebetrieben erfolgen (Gewerbesteuer) oder durch Ausweisung von Neubaugebieten, um der demographischen Entwicklung entgegenzuwirken und den Einkommensteueranteil zu erhöhen.

Auch die Stärkung Deggendorfs als Behördenstandort wird zu einer weiteren positiven Entwicklung beitragen. Die Erweiterung der THD (wenn auch um viele Monate verzögert) und die Aktivitäten von ITC1 und ITC2 gehen hier in die richtige Richtung.

Bei der Ausweisung von Gewerbegebieten und Neubaugebieten kann der Oberbürgermeister zeigen, was er vermag und darf dabei hoffentlich auf die Unterstützung des gesamten Stadtrats zählen.

Nach langer und reiflicher Überlegung, wird, trotz mancher Bedenken und Einschränkungen, die Zustimmung zum Haushalt 2014 empfohlen.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld und ihre Aufmerksamkeit.

